

Niederschrift

über die 2. öffentliche Sitzung des Gemeinderates am Donnerstag, den 31.03.2005
im Sitzungssaale des Rathauses.

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 21:45 Uhr

Anwesende:

Bgm. Engelbert Stenico, Vorsitzender
1. Bgmstv. Mag. Manfred Weiskopf
2. Bgmstv. Ing. Helmut Waltle
St.R. Ing. Bernhard Wolf
St.R. Mag. Manfred Jenewein
St.R. Hubert Niederbacher
GR. Eva Lunger
GR. Richard Reinalter
GR. Stefan Oberdorfer
GR. Norbert Lettenbichler
GR. Clemens Wechner
GR. Markus Gerstgrasser
GR. Dipl.-Ing. Andreas Pfenniger
GR. Huber Franz
GR. Waltraud Handle
GR. Ing. Thomas Hittler
GR. Mag. Kurt Leitl
GR. Mag. Martin Hochstätger (bis 20:45 Uhr)
GR.-Ers. Herbert Mayer

Abwesend und
entschuldigt:

St.R. Konrad Bock

Weiters an-
wesend:

Dr. Engelbert Schneider
Walter Gaim
Ing. Konrad Sailer

Schriftführerin:

Sonja Streng

Tagesordnung

1. Niederschrift
2. Anträge des Finanzausschusses
(Genehmigung Haushaltsüberschreitungen 2004; Prüfungsbericht zur Jahresrechnung 2004; Jahresrechnung 2004; Verwendung Überschuss lt. Rechnungsabschluss 2004; Zuschuss Venet-Bergbahnen AG; Waldumlage; Änderung Gebührenordnung; Kontokorrentkredite)
3. Anträge des Stadtrates
(Verzicht auf Vorkaufsrecht; Verleihung Ehrenring)
4. Anträge des Bau- und Wasserausschusses
(Neubau LMS – Grenzkorrektur; Grundverkauf an Franz Josef und Brigitte Walch; Grundverkauf an Gerhard Weiss; Ing. Mathias Huber – Verpachtung landwirtschaftl. Gemeindegrundstücke auf der Trams und Errichtung eines neuen Geräteschuppens)
5. Antrag des Sozial- und Wohnungsausschusses
(Wohnungsvergaben)
6. Anträge, Anfragen und Allfälliges

Der Vorsitzende begrüßt die Erschienenen und stellt die Beschlussfähigkeit fest. In weiterer Folge ersucht er um Aufnahme eines Antrages des Jugend- und Kulturausschusses betreffend Jugendschutzgesetz. Nachdem dies vom Gemeinderat zustimmend zur Kenntnis genommen wird, geht der Vorsitzende auf die Erledigung der Tagesordnung über:

Pkt. 1) der TO.: Niederschrift

Die Niederschrift über die 1. Sitzung des Gemeinderates im Jahre 2005 wird genehmigt und ordnungsgemäß gefertigt.

Pkt. 2) der TO.: Anträge des Finanzausschusses

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Finanzausschusses, St.R. Mag. Jenewein, den Vortrag. Er verliest nachstehende Anträge des Finanzausschusses an den Gemeinderat:

a) Genehmigung Haushaltsüberschreitungen 2004

Der Finanzausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, nachstehende Mehrausgaben des Rechnungsjahres 2004 wie folgt zu bedecken:

Mehrausgaben	1.935.857,75
Unterschreitungen bei Ausgaben und Mehreinnahmen	1.935.857,75

Die detaillierte Aufgliederung wird dem Protokoll beigegeben.

Vorliegender Antrag wird sodann vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

b) Prüfungsbericht zur Jahresrechnung 2004

GR. Mag. Hochstätter verliest den Prüfungsbericht zur Jahresrechnung 2004, welcher dem Protokoll als Bestandteil beigegeben wird.

Der Vorsitzende stellt zum Prüfungsbericht fest, dass die Vorgangsweise bei der Gestaltung des Kirchenvorplatzes sowie bei der Neugestaltung des Blumengassl durchaus korrekt und richtig war und im Gemeinderat entsprechend berichtet und um die nachträgliche Finanzierung des Mehraufwandes ersucht wurde. Zur Instandhaltung der Gemeindestraßen bemerkt er, dass die Kritik durchaus richtig sei, dennoch mussten diverse Sanierungen durchgeführt werden, deren Notwendigkeit nicht zu bezweifeln sei. In Zukunft sei geplant eine Art „Frühwarnsystem“ einzuführen, deren Überwachung der Bauhof übernehmen werde, wobei sodann eine laufende Überprüfung stattfinden könne. Zum Budgetposten „Park- und Gartenanlagen“ erklärt er, dass derzeit eine Bestandsaufnahme durchgeführt werde und man nach der Frühjahrspflanzung, Änderungen in diesem Bereich vornehme. Zur Wasserversorgung bemerkt er, dass die Gebührenordnung im Gemeinderat beschlossen wurde. Bezüglich des Handelsschulgebäudes teilt er mit, dass man diesbezüglich bereits tätig sei und demnächst Vereinbarungen mit den betroffenen Vereinen abschließen werde. Zum Budgetansatz „Lichtspieltheater“ könne er die Meinung des Überprüfungsausschusses nicht teilen. Er ist der Ansicht, dass die Stadtgemeinde Landeck als Besitzer des Gebäudes für die Instandhaltungskosten aufkommen müsse.

GR.-Ers. Mayer stellt fest, dass sich die meisten Abteilungen bemühen, dass die Haushaltsposten eingehalten werden. Die verursachten Stromkosten in der Höhe von € 10.000,- im Handelsschulgebäude seien heftig und sollten in Zukunft durch den Abschluss von Vereinbarungen mit den dort angesiedelten Vereinen deutlich verringert werden. Auch sei der Ansatz des HH-Postens Straßenreinigung zu hinterfragen. Insgesamt seien es viele kleine Beträge, die sich dann zu einem großen Betrag sammeln. Hätte man eine große Summe einsparen können, wäre der Überschuss um einiges höher, würde dies dem ordentlichen Haushalt gut tun. Er appelliert an die Mitglieder des Gemeinderates sowie an alle Gemeindebedienstete die Budgetdisziplin unbedingt einzuhalten.

Der Vorsitzende bemerkt zu den Stromkosten im Handelsschulgebäude, dass im vergangenen Jahr das Probelokal generalsaniert wurde und dies sei mit unter ein Grund für die hohen Stromkosten. Nebenbei sei die Stadtmusikkapelle Perjen sowie die Landesmusikschule Hauptverursacher.

GR. Mag. Hochstätger erklärt, dass der Prüfbericht nicht als Kritik verstanden werden sollte, sondern vielmehr als Unterstützung für die Stadt. Zu den Vereinen merkt er noch an, dass man diese darauf hinweisen sollte, dass die Stadt neben den ordentlichen bzw. außerordentlichen Subventionen auch noch viele unbare Zuwendungen, in Form von Betriebskosten, Vergnügungssteuerbefreiungen, etc. leiste.

GR. Mag. Leitl ist ebenfalls der Meinung, dass für die Instandhaltungskosten des alten Kinos die Stadt aufkommen müsse und sehe er dies nicht als Subvention für den Verein an.

Im übrigen wird vorliegender Überprüfungsbericht vom Gemeinderat zustimmend zur Kenntnis genommen.

c) Jahresrechnung 2004

St.R. Mag. Jenewein gibt nachstehenden Bericht zur Jahresrechnung 2004 ab:

Wie schon im letzten Jahr möchte ich einige Bereiche aus dem Budget der Gemeinde herausgreifen und die Entwicklung über einen längeren Zeitraum zeigen.

Entwicklung des Gemeindehaushaltes 1992 bis 2004 (siehe Beilage A)

Hier sieht man die Entwicklung des Gesamthaushaltes in den letzten 12 Jahren mit den bekannten größeren Steigerungen in den Jahren 1995 bis 1998 (große außerordentliche Investitionen); Der leichte Anstieg im Jahr 2004 zeigt die Investitionen im Jahr 2004 (v.a. den Umbau des Altersheimes).

Personalkosten gesamt; Personalkosten Altenheim; Personalkosten ohne Altenheim (siehe Beilage B)

Diese Grafik zeigt die kontinuierliche Entwicklung der Personalkosten. Die Personalkosten sind in den letzten 12 Jahren jährlich um rund 4 % gestiegen. Von 2002 auf 2003 durch Sparmaßnahmen nur mehr um 2,93 % und heuer nur noch um **2,46 %** - hier zeigen sich die Erfolge der Sparmaßnahmen sehr deutlich.

Schuldendienst, Schuldenstand und Neuverschuldung: 1992 – 2004 (siehe Beilage C)

Die Entwicklung des Schuldenstandes reflektiert die Großprojekte der Gemeinde mit einem Höchststand von ca. 14 Millionen im Jahre 1999.

Der Schuldenstand per 31.12.2004 beträgt 12.382.718 (gegenüber dem Vorjahr - € 13.170.174,00 – also ein Minus von € 800.000)

In den letzten beiden Jahren ist es also gelungen, die Schulden der Stadtgemeinde deutlich zu verringern (um 11,5 % in 2 Jahren)

Pro Einwohner (Volkszählung 1991) betragen die Schulden € 1.688,--, das sind € 110 weniger als 2003

Verschuldungsgrad: 1992 – 2004 (siehe Beilage D)

Zur Ermittlung des Verschuldungsgrades wird die Differenz zwischen den laufenden Einnahmen und Ausgaben dem Schuldendienst gegenüber gestellt.

Die ausgewiesenen **40,07 % Verschuldungsgrad** (Minus 3,6 % gegenüber dem Vorjahr) entsprechen einer mittleren Verschuldung. Der Verschuldungsgrad lt. Voranschlag 2004 hat noch 60 % betragen. (Positives Jahr 2004; geplanter Baubeginn der Landesmusikschule etc.)

Nettoergebnis der fortdauernden Gebarung im Verhältnis zu den ordentlichen Einnahmen (siehe Beilage E)

Das Nettoergebnis, das ist der **freie Handlungsspielraum** ist im letzten Jahr um rund € 150.000 gestiegen, bleibt aber dennoch eines der Sorgenkinder.

Ich habe schon bei der Budgetdebatte darauf aufmerksam gemacht, dass er für die Gemeinden immer schwieriger wird, ihren Aufgaben nach zu kommen, wenn die Haupteinnahmequelle (der Anteil am Steuerkuchen) kleiner wird oder gleich bleibt

Ich möchte mich dafür bedanken, dass mein Appell vom letzten Jahr (eine Erhöhung des Spielraumes ist nur möglich, wenn sich alle MandatarInnen aber auch alle MitarbeiterInnen im Haus bemühen, noch effizienter und besser zu arbeiten) bereits in vielen Bereichen Früchte getragen hat. Es gibt freilich noch einige Bereiche, in denen wir besser werden können und müssen – es gibt also keinen Anlass, sich auf dem Erreichten auszuruhen.

Abgabenertragsanteile und eigene Steuern (siehe Beilage F)

Ich komme noch einmal zu einem der Kernprobleme unseres Gemeindehaushaltes zurück: die Entwicklung der Abgabenertragsanteile (Anteil an Bundessteuern)

Hier zeigt sich deutlich die Entwicklung ab 2001, nämlich ein Rückgang dieser wichtigsten Einnahmequelle und auch für die nächsten Jahre ist nach den Finanzausgleichsverhandlungen von 2004 nicht zu erwarten, dass sich die Situation für die Gemeinden verbessert. Von 2003 auf 2004 sind die Abgabenertragsanteile um € 145.000 (3,4 % gestiegen) – was deutlich besser ist als prognostiziert.

Sehr erfreulich ist die Entwicklung bei den eigenen Steuern: die Kommunalsteuer ist von 2003 auf 2004 um € 125.000 gestiegen (ein Plus von 6,8 % gegenüber 2003).

Zusammenfassung:

Das Jahr 2004 hat für die Finanzen der Stadtgemeinde Landeck ein **sehr positives Ergebnis** gebracht.

Das ändert aber nichts am insgesamt engen Korsett, in dem die Stadtgemeinde steckt. Vieles bleibt für uns nicht beeinflussbar, deshalb müssen wir uns besonders intensiv um jene Räder kümmern, an denen wir selber drehen können.

Wie schon im letzten Jahr lade ich auch diesmal alle Gemeindefraktoren und alle MitarbeiterInnen der Stadtgemeinde dazu ein, im nächsten Jahr noch ein bisschen effizienter und besser zu werden und damit mit zu helfen, den Spielraum der Stadtgemeinde zu vergrößern bzw. neu zu erarbeiten.

Der Dank des Finanzausschusses gilt allen, die für dieses gute Jahresergebnis verantwortlich sind, von den Ausschüssen bis zu den MitarbeiterInnen im Haus, vor allem aber Walter Gaim und seinem Team in der Finanzabteilung. Bei den Mitgliedern des Finanzausschusses bedanke ich mich für die gute und sachliche Zusammenarbeit.

Die Jahresrechnung 2004 gibt keinen Anlass für Luftsprünge, ein bisschen freuen dürfen wir uns aber schon.

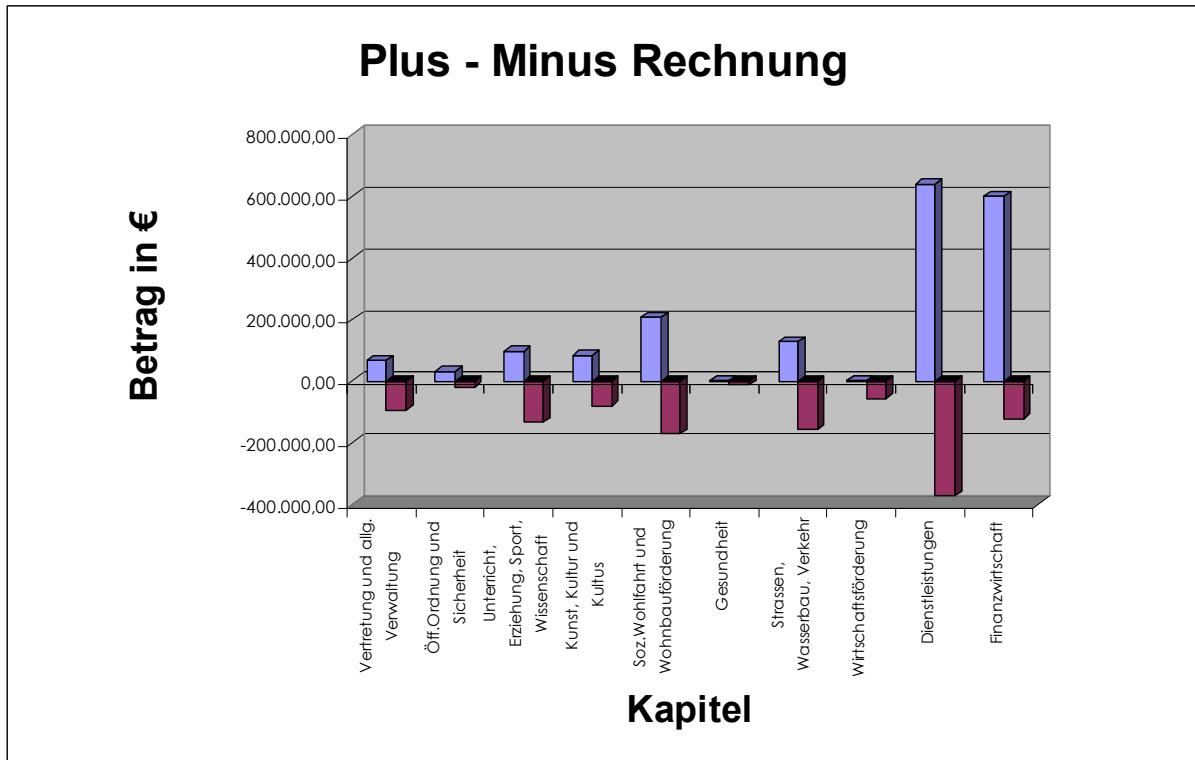
GR. Ing. Hittler zeigt sich über die positive Entwicklung bei der Kommunalsteuer erfreut, welche aufgrund einer gemeinschaftlichen Entwicklung zustande gekommen sei. Erfreulich sei auch, dass die vorgesehenen € 14.000,-- für den Venet nicht verwendet werden mussten. Auch der Ansatz für den Citybus musste nicht zur Gänze ausgeschöpft werden, da aufgrund neuer Verhandlungen Einsparungen erzielt werden konnten. Bei den Personalkosten sehe man, dass das Bemühen aller gegeben sei, nur so konnten € 78.000,-- eingespart werden. Ein großes Anliegen wäre ihm, der Ansatz der frei verfügbaren Mittel nach oben zu erhöhen. Er bedankt sich im Namen der ÖVP-Fraktion beim Finanzausschuss sowie bei allen Bediensteten der Stadtgemeinde Landeck. Die ÖVP-Fraktion werde der Jahresrechnung 2004 die Zustimmung erteilen. Gleichzeitig wird jedoch um genaue Einhaltung der Budgetposten ersucht.

GR. Mag. Hochstätter ist der Meinung, dass man mit dem Optimismus bei der Kommunalsteuer vorsichtig sein sollte. Die Entwicklung ergebe sich nicht auf Grund einer größeren Zahl von Beschäftigten sondern, wie schon erwähnt wurde, stamme der Anteil aus bürokratischen Umstrukturierungen. Es müsse deshalb ein Anliegen aller sein, nicht nur die Betriebe, die in Landeck ihre Betriebsstätte haben, zu halten, sondern gleichzeitig neue dazuzugewinnen. Ein altes Problem stellen die frei verfügbaren Eigenmittel dar. Jeder hätte gerne mehr, aber der Spielraum fehle hier. Die Schere zwischen den Ertragsanteilen des Bundes bzw. den eigenen Steuern werde immer größer. Den kleinen Gemeinden gelinge es nicht die eigenen Steuern in ähnlichem Ausmaße zu erhöhen wie die Ertragsanteile. Auf Grund dieser Tatsache sei es besonders wichtig, in Zukunft Budgetansätze noch realistischer zu fassen. Abschließend bedankt er sich beim Finanzausschuss sowie bei den Mitgliedern des Überprüfungsausschusses für die konstruktive Arbeit. Gleichzeitig gebühre der gesamten Finanzabteilung unter der Leitung von Walter Gaim besonderer Dank. Nicht zuletzt bedankt er sich bei sämtlichen Ausschüssen für die Unterstützung.

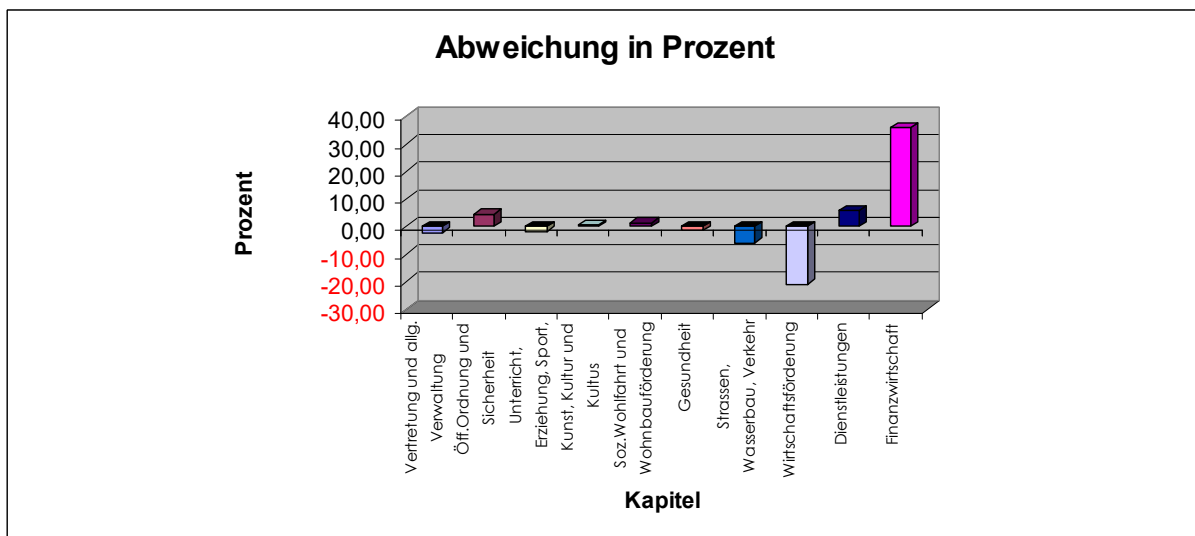
GR. Mag. Leitl gibt nachstehenden Vortrag zur Jahresrechnung 2004 ab:

2) Schuldentilgung: 13.170.173,64 12.382.718,34

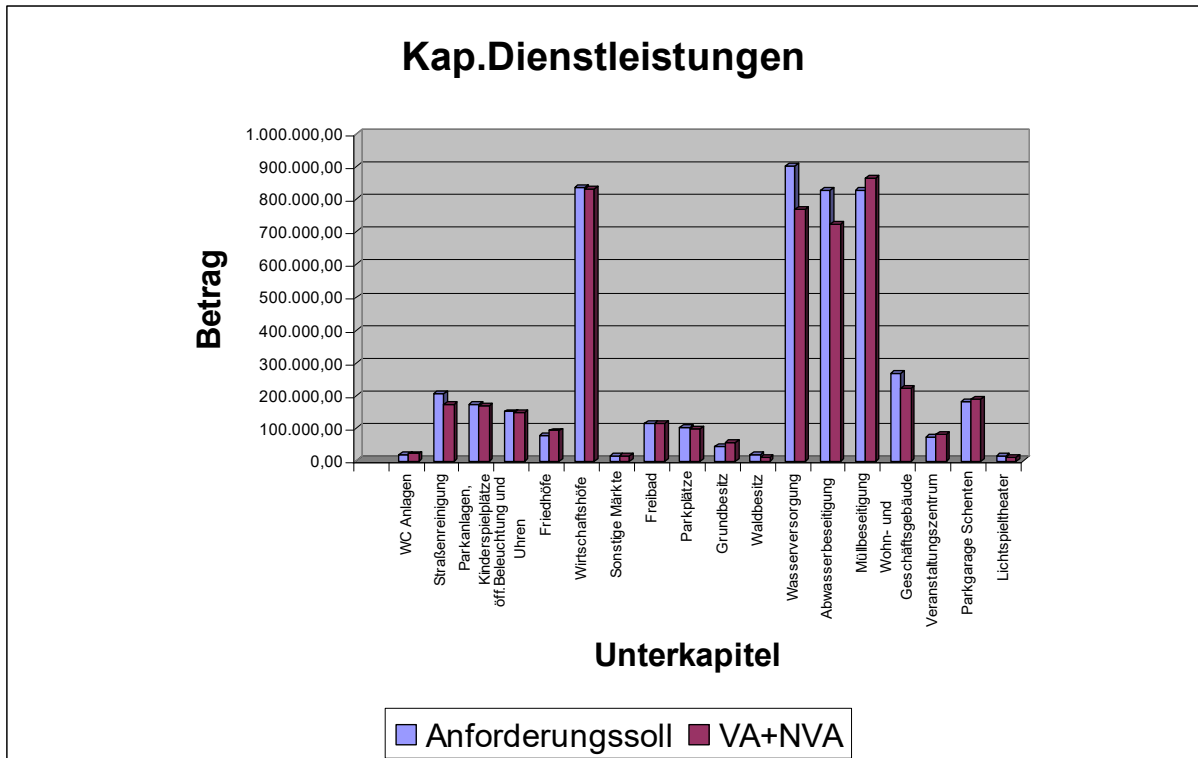
3) In der Plus-Minus-Rechnung sieht man, dass in allen Kapiteln die Budgets nicht so eingehalten wurden, wie bei der Budgeterstellung ausgemacht, aber man sieht auch sofort, dass die Mehrausgaben in einem Kapitel durch Minderausgaben im selben Kapitel größtenteils wettgemacht wurden.



Deutlicher sieht man das im Diagramm „Abweichungen in Prozent“.

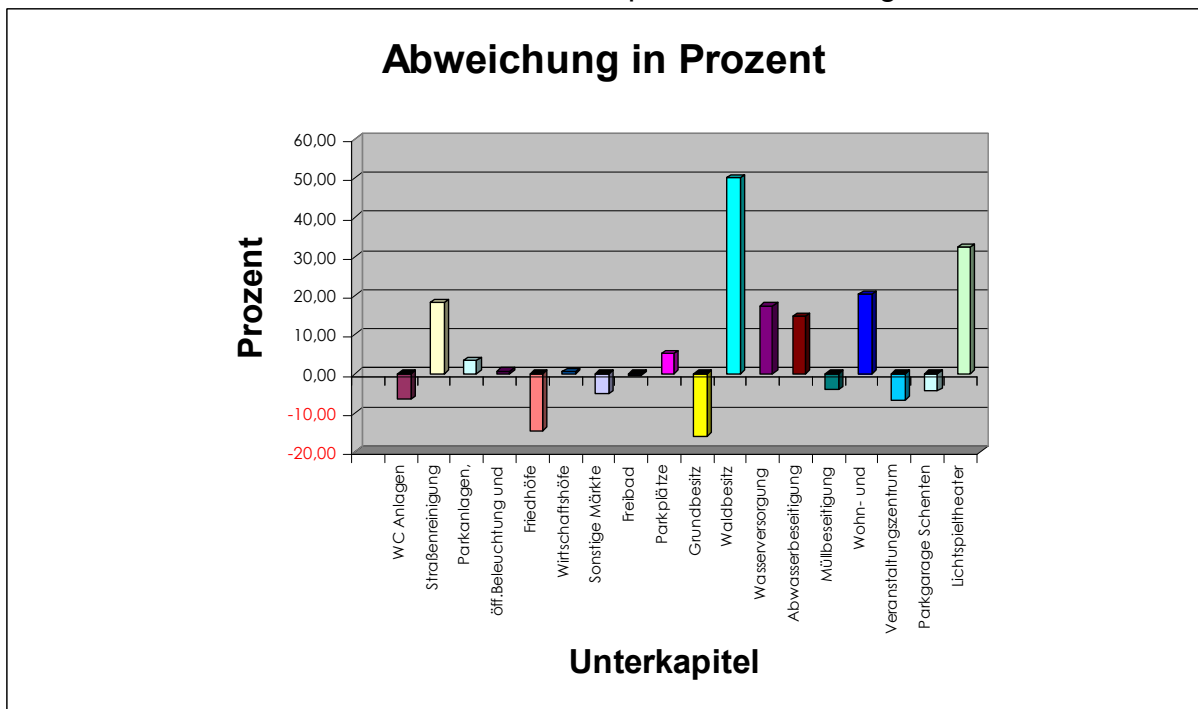


Greift man dann ein Kapitel heraus, ich habe das Kapitel 8 „Dienstleistungen“ genommen, dann kann man diese Entwicklung im Kapitel selber sehr gut beobachten.



Dem Anforderungssoll wurde der Ansatz im Voranschlag gegenüber gestellt, damit ein Vergleich möglich wird.

Besser sieht man diese Tatsache wieder im prozentuellen Vergleich.



Bemerkenswert sei, dass Budgetansätze, die zum Teil gefordert wurden, gar nicht oder nur zum Teil ausgeschöpft wurden.

Dies fällt insbesondere bei den Schulen und Kindergärten auf. Sowohl die Mitglieder des Schul- und Kindergartenausschusses als auch die Mitglieder des Finanzausschusses sind bemüht den Wünschen der Schulen und Kindergärten bestmöglich nachzukommen.

Beispiele:

Kindergarten Bruggen; Betriebsausstattung € 1000,-- genehmigt, davon jedoch nichts gebraucht.

Zuschuss Märchenstube Perfuchs: € 3000,-- genehmigt, davon nichts in Anspruch genommen.

Kindergarten Kirchenstrasse: Betriebsausstattung € 500,--, davon nichts gebraucht.

Kindergarten Brixnerstrasse 1: Einmalige Gebäudeinstandhaltung € 1.000,-- genehmigt, nichts davon gebraucht.

Es gibt diesbezüglich weitere Beispiele.

4)Im Großen und Ganzen ist der Budgetvollzug in Ordnung, Kritikpunkte können immer gefunden werden, sie können aber auch anders gesehen werden.

Der Hinweis auf einen transparenteren Budgetvollzug sei hier angebracht, ich denke, das ist im Sinne der gesamten Bevölkerung, dessen Geld wir ja hier verwalten.

Auch ist der Hinweis von mir doch gerechtfertigt, den Koll. Hochstöger auch gebracht hat, wenn das Budget so vollzogen wird, wie wir es beschließen, dann explodiert der Verschuldungsgrad! Und das sollte uns immer bewusst sein.

Dass dies nicht passiert, liegt daran, dass wir Mehreinnahmen haben (vorsichtiger Budgetansatz!) und dass wir Dinge nicht durchführen, die wir planen. Aber so sollte es eben nicht unbedingt sein.

Ordentliche Planung – Ordentlicher Vollzug!

Danke an die Mitarbeiter des Hauses, allen voran Gaim Walter, der immer zu Auskünften bereit ist und der sich sehr bemüht, offene Fragen zu klären. Herzlichen Dank dafür!

Zu den Kritikpunkten bezüglich der nicht Inanspruchnahme von Budgetmittel bei den Schulen und Kindergärten erklärt der Vorsitzende, dass man dazu bessere Ideen bzw. Lösungen gefunden habe, welche nichts bzw. nicht so viel kosteten.

Bgmstv. Mag. Weiskopf gibt nachstehende Rede zur Jahresrechnung 2004 ab:

Die Diskussion über die Jahresrechnung bringt mit stetiger Regelmäßigkeit eine Art Versöhnung mit der Finanzpolitik der Gemeinde. Bei der Erstellung und vor allem bei der Beschlussfassung des Budgets kann man doch immer wieder kritische Stimmen hören, die zB von einer zu hohen Neuverschuldung warnen oder das eine oder andere Projekt zu gering dotiert finden. Diese Wortmeldungen sind meiner Meinung nach richtig, da gerade sie den Sinn und das Herz der Demokratie ausmachen. Und diese Wortmeldungen liefern auch die Motivation für alle am Gemeindegesehen Beteiligten, die Arbeit besonders gut zu machen, um die Befürchtungen nicht eintreten zu lassen.

So können dann bei der Legung der Jahresrechnung meistens alle Fraktionen dem Bürgermeister bzw. dem Finanzreferenten die Entlastung erteilen. Meiner Erinnerung nach hat nämlich in den letzten Jahren nur einmal ein Fraktion der Jahresrechnung die Zustimmung verweigert und sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Da aus meiner und aus der Sicht meiner Fraktion die Jahresrechnung 2004 positiv zu beurteilen ist, kann ich mir vorstellen, dass es auch heute wieder eine einstimmige Zustimmung geben wird. Es ist die erste Jahresrechnung, die der Finanzreferent in eigener Verantwortung vorlegt, die also seine Handschrift trägt.

Seinen Ausführungen haben wir entnehmen können, mit welchem Ernst und mit welcher Souveränität er sein Amt als Finanzreferent ausübt. Dabei haben wir auch erfahren, dass die finanzielle Situation der Gemeinde nach seinen Worten „nicht Anlass zu Luftsprüngen“ bietet, dass wir aber auch nicht den Kopf hängen lassen brauchen.

Lasst mich an einigen Beispielen seinen gedämpften Optimismus belegen, da wir doch trotz angespannter finanzieller Lage im letzten Jahr einiges umsetzen konnten.

Wir konnten einen Überschuss von ca. € 414.000,-- erzielen und wir werden damit heute einen ansehnlichen Betrag für den Neubau der Musikschule und die Renovierung des „Klösterle“ vorsehen können, was eine Erleichterung der Finanzierung dieses Vorhabens bedeutet.

Aber nun zu den positiven Beispielen, die umgesetzt wurden. Zwei Baulichkeiten sind es, die das Stadtbild am nachhaltigsten veränderten; 1. der Bahnhof Landeck mit dem Bahnhofsvorplatz, den wir Gott sei Dank nicht allein finanzieren mussten, bei dem wir aber doch unseren angemessenen Beitrag geleistet haben. Das Bahnhofsgebäude ist meiner bescheidenen Meinung nach ein Beispiel für die gelungene architektonische Verbindung von Alt und Neu. Es freut mich ganz besonders, dass für diese Architektur ein Landecker, Marco Ostertag, verantwortlich zeichnet. Der neue Bahnhofsvorplatz hilft viele Verkehrsprobleme zu lösen und bietet den Pendlern und Fahrgästen ein problemloses Umsteigen in die Busse des öffentlichen Verkehrs.

Der zweite Bau, der einen kräftigen Farbpunkt im Stadtbild abgibt, ist das Altersheim. Der Umbau ist im Großen und Ganzen abgeschlossen. Erfreulich ist dabei, dass die Budgetvorgaben eingehalten werden konnten. Der größte Teil der Bewohner fühlt sich wohl in den umgestalteten Zimmern, die heller und größer geworden sind und dadurch die Voraussetzung für den Einbau von pflegegerechten Nasszellen erfüllen.

Neben diesen zwei herausragenden Bauten gab es noch andere bauliche Umgestaltungen in der Stadt, die das Auge der Menschen erfreuen und auch Erleichterung für die Bevölkerung bringen. Da möchte ich das Blumengassl und den Platz vor der Huberbrücke in Bruggen nennen. Besonders gelungen ist der Kirchenvorplatz, der jetzt auch die Kirche besser zur Geltung kommen lässt.

Neben diesen augenscheinlichen Maßnahmen wurden in den Kindergärten und Schulen weiterhin das Augenmerk auf zeitgemäße Ausstattung gelegt, wurden Gelder dem Frischemarkt bereitgestellt, der hoffentlich die erwartete Belegung für die Innenstadt bringen wird. Mein Herz hängt immer noch und wird es hoffentlich weiterhin an der Kultur. Daher freut es mich, dass für die betriebliche Ausstattung des Alten Kinos wieder Geld aufgebracht werden konnte. Damit ist die Möglichkeit des Angebotes für ein spannendes Kulturprogramm für Jung und Junggebliebene gewährleistet.

Zum Schluss bereitet es mir eine große Freude zu erwähnen, dass es der Venetbahn im letzten Betriebsjahr gelungen ist, ein positives Betriebsergebnis zu erzielen, was sich ja auch positiv auf das Gemeindebudget auswirkt. Dazu möchte ich dem Vorstand, dem Aufsichtsrat und der Betriebsleitung, aber auch allen Bediensteten der Venet-AG herzlich gratulieren.

Diese angeführten Beispiele zeigen, dass in Landeck im letzten Jahr durch gezielte Arbeit im Gemeinderat und in den Ausschüssen weiter gebracht wurde. Die SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird der Jahresrechnung 2004 die Zustimmung erteilen.

Abschließend darf ich mich für die verantwortungsvolle Arbeit in der Gemeinde beim Bürgermeister, dem Finanzreferenten, den GemeinderatskollegInnen, dem Stadtkämmerer, dem Stadtamtsleiter und allen Gemeindebediensteten bedanken.

Der Vorsitzende bemerkt abschließend, dass es durchaus Tendenzen gebe, die man als positiv bezeichnen könne. Einerseits habe man die Personalkosten besser in den Griff bekommen und sei dies ein Ausdruck dafür, dass man sich hier besonders bemühe. Eine erfreuliche Entwicklung stelle auch der Verschuldungsgrad dar, die Neuverschuldung sei gesunken. Auch den Verschuldungsgrad von 40 % habe man halten könne, nicht zuletzt auf Grund der hohen Disziplin der Ausschussobleute und der Mitarbeiter des Hauses. Leider konnte bei den Ertragsanteilen keine wesentliche Steigerung erreicht werden.

In weiterer Folge übergibt der Vorsitzende den Vorsitz an Bgmstv. Mag. Manfred Weiskopf, um in seiner Abwesenheit über den vorliegenden Rechnungsabschluss diskutieren zu können. Sodann verlässt der Bürgermeister den Sitzungssaal.

Die von Bgmstv. Mag. Weiskopf durchgeführte Abstimmung ergibt Einstimmigkeit und somit die Entlastung des Bürgermeisters.

Der Bürgermeister bedankt sich sodann beim Gemeinderat für die erteilte Entlastung. Weiters dankt er dem Finanzreferenten, den Mitgliedern des Finanzausschusses sowie des Überprüfungsausschusses, allen Mitarbeitern im Hause sowie Dr. Schneider und Walter Gaim und allen Ausschussobleuten. Er übernimmt sodann wieder den Vorsitz.

d) Verwendung Überschuss lt. Rechnungsabschluss 2004

Der Finanzausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, den Überschuss aus dem Rechnungsjahr 2004 in Höhe von € 413.701,23 wie folgt zweckgebunden zu verwenden:

Ober- und Unterhöfe	65.000,00
Parkautomaten Schentengarage	10.000,00
Subvention Frischemarkt	10.000,00
Spende Flutwellenopfer	7.500,00
Heizkostenzuschuss Pensionisten	6.201,23
Zuführung an AOH.-Musikschule	252.000,00
Zuführung an AOH.-Lokale der Stadtmusikkapelle	63.000,00

GR. Mag. Hochstätger kann der Zuführung von € 315.000,-- an den außerordentlichen Haushalt nicht sehr viel abgewinnen und unterbreitet er deshalb den Vorschlag, diese Mittel für die Sanierung des Innparkplatzes zu verwenden, nachdem mit einem Baubeginn der Citypassage im Mai nicht zu rechnen sei. Er ist der Meinung, dass dies ein geeigneter Zeitpunkt wäre, die Sanierung zumindest einer Hälfte des Innparkplatzes anzugehen, und gibt zu bedenken, dass mit dem Baubeginn am Wienerwaldareal der derzeit gut frequentierte Parkplatz wegfallen und man dann zumindest eine funktionierende Parkfläche am Innplatz hätte. Eine Verschiebung der Sanierung auf weitere 4 bis 6 Jahre halte er für grob fahrlässig und plädiert er an die Mitglieder der Gemeinderates diesen Vorschlag bei der Verwendung des Überschusses zu berücksichtigen.

Hiezu kommt es zu einer kurzen Debatte, in welcher der Vorsitzende sodann feststellt, dass nach den Beratungen für die Verwendung des Überschusses ein einstimmiger Beschluss gefasst wurde. Außerdem habe die Alpenländische Heimstätte noch keine Lösung der Auf- bzw. Abfahrten und müsse die Stadt darauf reagieren.

GR. Mag. Hochstätger warnt davor, diese dringend notwendigen Sanierungsmaßnahmen immer wieder hintanzustellen. Nunmehr bestehe die Möglichkeit ein

Signal auch für die Wirtschaft zu setzen und sollte der politische Wille dazu gesetzt werden.

GR. Niederbacher freut es als Sozialreferent besonders, dass bei der Verwendung des Überschusses auch an die ca. 90 Pensionisten mit Mindestpension gedacht wurde und für die enormen Heizkosten des vergangenen Winters ein Zuschuss von € 50,- pro Person zur Verfügung gestellt werde.

Die durchgeführte Abstimmung zu vorliegendem Antrag ergibt 18 Prostimmen und eine Gegenstimme.

e) Zuschuss Venet-Bergbahnen AG

Mit Schreiben vom 10. Feber 2005 hat die Venet-Bergbahnen AG um Abdeckung der Investitionen aus dem Wirtschaftsjahr 2003/2004 und um Akontierung der Investitionen des Wirtschaftsjahres 2004/2005 zur Vermeidung von Liquiditätsengpässen ersucht.

Der Finanzausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, an die Venet-Bergbahnen AG einen rückzahlbaren Zuschuss in Höhe von 64.736,50 lt. nachstehender Berechnung zu leisten:

Wirtschaftsjahr 2003/2004

Investitionen	73.680,00
Betriebsergebnis (Cash Flow 1)	<u>-12.250,00</u>
Finanzbedarf lt. Bilanz 2003/2004 gesamt	61.430,00
davon Anteil Stadtgemeinde Landeck 55 %	33.786,50

Wirtschaftsjahr 2004/2005

Investitionspaket 2004/2005 (lt. Beschluss des Aufsichtsrates und wie mit Schreiben vom 06.09.2004 mitgeteilt)	175.940,00
davon 70 % gerundet	120.000,00
davon Anteil Landeck 55 %	66.000,00

Abrechnung Zuschüsse 2004:

Abrechnung Wirtschaftsjahr 2003/2004 lt. Bilanz	33.736,50
Anteil Investitionen Wirtschaftsjahr 2004/2005, Investitionspaket 2004	66.000,00
abzüglich geleisteter Zahlung	-35.000,00
offener Zuschuss 2004	64.736,50

St.R. Mag. Jenewein erklärt, dass bisher der Vorstand und Aufsichtsrat Maßnahmen beschlossen haben und im nachhinein die Gemeinden um die finanzielle Beteiligung ersucht wurden. Da die Situation für alle Beteiligten unbefriedigend war und die Bahn einen verlässlichen Partner benötige, habe sich der Aufsichtsrat und Vorstand der Venet sowie die Bürgermeister von Landeck und Zams in einem Gespräch darauf geeinigt, die Zahlungsmodalitäten wie folgt zu ändern:

Im Mai jeden Jahres werde der vorgelegte Investitionsplan geprüft und beurteilt und in weiterer Folge 70 % der geplanten Kosten im Verhältnis 55 % Landeck und 45 % Zams an die Venet überwiesen. Dies bedeute mehr Eingriffsmöglichkeiten für die Gemeinden und würde insgesamt Kontoüberziehungen mit hohen Zinsen verhindern und sollte damit auch das Betriebsergebnis verbessert werden.

GR. Mag. Hochstätger stellt fest, dass dies eine vernünftige Lösung darstelle, er könne aber vorliegendem Antrag die Zustimmung nicht erteilen, da er die Zahlen nicht im Detail kenne und weder ein Investitionspaket noch die Bilanz vorgelegt worden sei.

Dazu teilt der Vorsitzende mit, dass die Bilanz mittlerweile im Hause sei und für jedes Gemeinderatsmitglied zur Einsichtnahme aufliege.

GR. Mag. Leitl ist der Meinung, dass dies eine sehr vernünftige Vorgangsweise sei und für die Gemeinden ein wenig Steuerungsmöglichkeiten biete.

St.R. Mag. Jenewein ergänzt, dass die Gemeinde Zams bereits vor zwei Tagen diesen Beschluss gefasst habe und wurde vom Zammer Gemeinderat ein mittelfristiger Investitionsplan bis zum Herbst gefordert.

GR. Ing. Hittler ist der Meinung, dass ein dreijährige Investitionsplan beim Venet nicht viel bringe.

In weiter Folge lässt der Vorsitzende über vorliegenden Antrag abstimmen, wobei der Antrag ergänzt wird, dass jährlich im Mai 70 % der geplanten Investitionskosten von der Gemeinde Landeck (55 %) sowie von der Gemeinde Zams (45 %) an die Venet-Bergbahnen AG überwiesen wird. Die durchgeführte Abstimmung ergibt 18 Pro- und eine Gegenstimme.

f) Waldumlage

Der Gemeinderat wolle beschließen, die Umlage zur teilweisen Deckung des Personalaufwandes für das Forstaufsichtsorgan gem. § 12 der Tiroler Waldordnung, LGBl. 29/1979, für 2004 mit 50 % für den Wirtschaftswald und mit 35 % für den Wald mit mittlerer Schutzfunktion einzuheben.

Laut Berechnung muss die Gemeinde Landeck von den gesamten Forstaufsichtskosten (Personalkosten 2004 einschließlich Dienstgeberbeiträge für Wal-

daufseher Schlatter Werner 38.092,05 82,34 % selbst tragen, die restlichen 17,66 % werden auf die Waldeigentümer umgelegt.

Die Gesamtumlage beträgt somit € 6.728,09.

Mit diesem Antrag ist der Gemeinderat einverstanden.

g) Änderung Gebührenordnung

Das Amt der Tiroler Landesregierung als Gemeindeaufsichtsbehörde hat mit Schreiben vom 14. Jänner 2005 mitgeteilt, dass der Beschluss des Gemeinderates der Stadtgemeinde Landeck vom 16. Dezember 2004 betreffend die Festsetzung der Abgaben und Entgelte mit Wirkung ab dem 1. Jänner 2005 nicht zur Kenntnis genommen wird.

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 21. März 2005 beschlossen, an den Gemeinderat den Antrag zu stellen, die Verordnung über die Festsetzung der Abgaben und Entgelte gemäß Gemeinderatsbeschluss vom 16. Dezember 2004 mit Wirkung ab dem 1. Jänner 2005 wie folgt zu ändern:

I. Öffentlich-Rechtliche Abgaben

Pkt. 7 Hundesteuer

ALT: Die Hundesteuer kann bei Pensionisten für den 1. Hund ermäßigt werden.

NEU: Dieser Satz wird gestrichen.

Pkt. 11.2. Erschließungsbeitrag

Die Abkürzungen für das Tiroler Verkehrsaufschließungsabgabengesetz werden wie folgt geändert:

ALT: „VerkAufschlAbg“

NEU: „TVAAG“

Für diesen Antrag ergibt sich Einstimmigkeit.

h) Kontokorrentkredite

Gem. § 84 Abs. 3 TGO kann die Gemeinde, soweit aus der Betriebsmittelrücklage einzelne Ausgaben des Haushaltes nicht rechtzeitig geleistet werden können, einen Kontokorrentkredit aufnehmen. Der Gemeinderat kann den Bürgermeister höchstens bis zum Gesamtbetrag eines Zehntels der jährlichen Gemeindeabgaben und Abgabenertragsanteile nach dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre ermächtigen.

Ein Zehntel des Durchschnittes der Gemeindeabgaben und Abgabenertragsanteile der letzten fünf Jahre beträgt 722.437,66.

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung um 3. März 2005 beschlossen, an den Gemeinderat den Antrag zu stellen, den Bürgermeister zu ermächtigen,

Kontokorrentkredite bis zu nachstehendem Höchststrahmen bei Bedarf in Anspruch zu nehmen:

**Volksbank Landeck, 500.000,00 Höchststrahmen, 2,718 % Sollzins,
1,75 % Habenzins**

**Sparkasse Imst, 100.000,00 Höchststrahmen, 2,718 % Sollzins,
1,75 % Habenzins**

**Landeshypothekenbank Tirol, 100.000,00 Höchststrahmen, 2,368 % Sollzins,
1,75 % Habenzins**

Der Kontokorrentkredit ist nach Möglichkeit innerhalb eines Jahres zurückzuzahlen und es ist dem Gemeinderat laufend zu berichten.

Vorliegender Antrag des Finanzausschusses wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Pkt. 3) der TO.: **Anträge des Stadtrates**

Der Vorsitzende verliest nachstehende Anträge des Stadtrates an den Gemeinderat:

a) **Verzicht auf Vorkaufsrecht**

In EZ 1454 GB 84007 Landeck – Eigentümer Roman Spiss lastet unter C-INr. 1 das Vorkaufsrecht für die Stadtgemeinde Landeck (einverleibt 1977).

Über Ersuchen des Eigentümers hat der Stadtrat in seiner Sitzung vom 08.03.2005 beschlossen, den Antrag zu beantragen, der Gemeinderat möge beschließen auf oben angeführtes Vorkaufsrecht zu verzichten und sich mit der grundbücherlichen Löschung einverstanden erklären.

Für vorliegenden Antrag des Stadtrates ergibt sich Einstimmigkeit.

b) **Verleihung Ehrenring**

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 08.03.2005 beschlossen, beim Gemeinderat zu beantragen,

Herrn Josef Stenico, Landeck, Urtlweg 28

auf Grund seiner langjährigen Verdienste als Gemeinderat, Stadtrat und Vizebürgermeister den Ehrenring der Stadtgemeinde Landeck zu verleihen.

Der Vorsitzende erwähnt, dass die Verleihung nach Terminabsprache in einem entsprechenden Rahmen erfolgen werde.

Mit der beantragten Verleihung des Ehrenringes erklärt sich der Gemeinderat einstimmig einverstanden.

Pkt. 4) der TO.: **Anträge des Bau- und Wasserausschusses**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obm.-Stv. des Bau- und Wasserausschusses, GR. Ing. Hittler, den Vortrag. Er verliest nachstehende Anträge des Bau- und Wasserausschusses:

a) Neubau LMS - Grenzkorrektur

Im Zusammenhang mit dem Neubau der Landesmusikschule müssen die Grundgrenzen im Bereich des Baugrundstückes einschließlich dem „Klösterle“ geringfügig verändert werden. Von dieser Grenzänderung sind ausschließlich Grundstücke der Stadt sowie öffentliches Gut betroffen.

Damit die Grenzkorrektur zum öffentlichen Gut nach § 15 des Liegenschaftsteilungsgesetzes beantragt werden kann, wird ein formeller Beschluss des Gemeinderates zu dieser Änderung benötigt.

Der Gemeinderat wird um diesbezügliche Beschlussfassung ersucht.

Für diesen Antrag ergibt sich Einstimmigkeit.

b) Grundverkauf an Franz Josef und Brigitte Walch

Franz Josef und Brigitte Walch haben in Bruggen das Wohnhaus Leitenweg 34 erworben und bei der Stadtgemeinde Landeck um die baubehördliche Bewilligung für die Errichtung eines Um- und Zubaus sowie Erhöhung der talseitigen Stützmauer angesucht.

Damit das eingereichte Bauvorhaben bewilligt werden kann, benötigen die Bauwerber aus der angrenzenden, stadteigenen Gp. 1209/1, zwecks Einhaltung des gesetzlichen Grenzabstandes einen Grundstreifen mit ca. 6 m² Flächenausmaß und gemäß §6 der Tiroler Bauordnung eine Zustimmung der Stadt über die Erhöhung der talseitigen Stützmauer um ca. 60 cm.

Der Bau- und Wasserausschuss hat in seiner Sitzung am 14.3.2005 der Grundüberlassung und der Mauererhöhung unter folgenden Bedingungen zugestimmt:

1. Der Grundpreis beträgt € 75,--/m². Alle mit diesem Rechtsgeschäft anfallenden Kosten Gebühren und Steuern haben die Grundwerber zu tragen.
2. Im Zusammenhang mit der gewünschten Mauererhöhung ist der derzeitige Grenzverlauf entlang dieser Mauer zu korrigieren und an den talseitigen Stützmauerfuß zu verlegen. Die Erhaltung der Mauer einschließlich der auf Gemeindegrund verbleibenden Stützpfiler geht ausschließlich zu Lasten der Grundeigentümer und Rechtsnachfolger der Gp. 1208/9.

Der Gemeinderat wird um Beschlussfassung im Sinne dieses Antrages ersucht.

Mit diesem Antrag erklärt sich der Gemeinderat einstimmig einverstanden.

c) Grundverkauf an Gerhard Weiss

Bei der am 27.1.2005 durchgeführten Straßenbauverhandlung wurde gegen die vom Gemeinderat beschlossene Wegumlegung von den Anrainern keine Einwände eingebracht, sodass dieses Straßenprojekt nunmehr rechtswirksam geworden ist. Durch diese Wegverlegung verbleibt westlich der im Eigentum von Gerhard Weiss stehenden Gp. 1677/6 eine Restfläche im Ausmaß von ca. 35 m², welche dieser von der Stadt erwerben möchte.

Der Bau- und Wasserausschuss hat sich in seiner Sitzung am 14.3. mit diesem Ansuchen befasst und ist mit der gewünschten Grundüberlassung aus Gp. 1677/1 einverstanden. Als Grundpreis wird € 75,-/m² verlangt, wobei alle mit diesem Rechtsgeschäft anfallenden Kosten, Gebühren und Steuern vom Grundwerber zu tragen sind. Die auf dieser Fläche liegenden Leitungsrechte- bzw. Dienstbarkeiten hat der Grundkäufer mit zu übernehmen. Eine allfällige Verlegung dieser Leitung auf den öffentlichen Straßengrund zur Freistellung des Grundstückes geht zu Lasten des Grundkäufers.

Der Gemeinderat wird um Beschlussfassung zum beantragten Grundverkauf er-sucht.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

d) Ing. Mathias Huber – Verpachtung landwirtschaftl. Gemeindegrundstücke auf der Trams und Errichtung eines neuen Geräteschuppens

(Zu diesem Antrag verlässt GR. Huber aus Befangenheitsgründen den Sitzungs-saal)

Ing. Huber Mathias hat bei der Stadtgemeinde Landeck um einen längerfristigen Pachtvertrag für die landwirtschaftliche Nutzung und um die Genehmigung zur Er-richtung eines neuen Geräteschuppens auf den stadteigenen Gpn. 2408/1 und /2 (Schlosserin) auf der Trams angesucht.

Der Bau- und Wasserausschuss hat sich mit diesem Ansuchen mehrmals befasst und kam nach einem Lokalaugenschein zu folgender Entscheidung:

Im Hinblick auf eine längerfristige Sicherung der landwirtschaftlichen Wiesennut-zung auf der Trams wird das Ansuchen Huber befürwortet. Das Pachtverhältnis soll auf eine Dauer von 30 Jahren abgeschlossen werden, wobei der Pachtwerber jährlich einen symbolischen Pachtzins in Höhe von € 10,- an die Stadt zu entrich-ten hat. Dem geplanten Neubau eines Geräteschuppens mit einer Pferdeunter-stand entsprechend dem vorgelegten Plan wird ebenfalls zugestimmt, wenn die baurechtlichen Voraussetzungen der Tiroler Bauordnung vom Pächter (Bauer-ber) erfüllt werden können. Das Pachtverhältnis ist mit der Auflage zu verbinden, dass die Pachtgrundstücke vom Pächter jedes Jahr und auf die Dauer des Pacht-

verhältnisses ordentlich bewirtschaftet werden. Nach Ablauf des Pachtverhältnisses geht der Geräteschuppen ablösefrei in das Eigentum der Stadtgemeinde Landeck über. Während der Pachtzeit ist eine Auflösung des Pachtverhältnisses im gegenseitigen Einvernehmen jederzeit möglich. Wenn die vertraglich vereinbarte Bewirtschaftung nicht mehr gewährleistet ist, kann das Pachtverhältnis auch einseitig von der Stadt aufgekündigt werden.

Der Gemeinderat wird um Beschlussfassung im Sinne des Antrages ersucht.

St.R. Ing. Wolf ist der Meinung, dass das Ansuchen auf jeden Fall zu unterstützen sei und sei es erfreulich, dass im Hause Huber noch Interesse bestehe, die Landwirtschaft auf weitere Jahre zu betreiben.

GR. Reinalter erkundigt sich, ob eine Verpachtung an Ing. Huber Mathias rechtlich korrekt sei.

Von Dr. Schneider wird dies bestätigt.

Im übrigen wird vorliegender Antrag vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Pkt. 5) der TO.: **Antrag des Sozial- und Wohnungsausschusses**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Sozial- und Wohnungsausschusses, St.R. Niederbacher, den Vortrag. Er verliest nachstehenden Antrag an den Gemeinderat:

Der Sozial- und Wohnungsausschuss der Stadtgemeinde Landeck hat in seiner Sitzung vom 15.03.2005 nachstehend angeführte Wohnungen wie folgt vergeben und wird der Gemeinderat um nachträgliche Beschlussfassung ersucht:

die 2-Zi-Wohnung Lötzweg 55 (nach Wörz) an
Alois GSPAN, Landeck, Malserstraße 7,

die 2-Zi-Wohnung Lötzweg 20 (nach Hauser) an
Mario WAIBL, Landeck, Lötzweg 67,

die 1-Zi-Wohnung Lötzweg 59 (nach Krammer) im Tauschwege an
Hubert JUNGBLUT, Landeck, Kreuzgasse 23,

die 2-Zi-Wohnung Kreuzgasse 23 (nach Jungblut) an
Manuela GAUGG, Landeck, Kreuzgasse 21,

die 2-Zi-Wohnung Lötzweg 55 (nach Carpentari) an
Lotte MOOSBURGER, Landeck, Bahnhofstraße 28,

die 3-Zi-Wohnung Urichstraße 53 (nach Habicher) an
Helga SPISS (PEKAR), Landeck, Kreuzgasse 25 und

die 2-Zi-Wohnung im Feuerwehrgebäude Innstraße 25 (nach Zangerle) an
Mathias NIEDERBACHER, Landeck, Ödweg 6.

Mit vorliegendem Antrag erklärt sich der Gemeinderat einstimmig einverstanden.

Pkt. 6) der TO.: **Antrag des Jugend- und Kulturausschusses**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt die Obfrau des Jugend- und Kulturausschusses, GR. Eva Lunger, den Vortrag. Sie verliest nachstehenden Antrag an den Gemeinderat:

Die Abteilung JUFF des Landes Tirol beginnt mit April 2005 das Projekt „**Jugendschutz und Jugendförderung in den Gemeinden**“. Dieses Projekt ist mit dem Schwerpunkt Jugend und Alkohol mit April 2006 befristet. Den Gemeinden wird dadurch die Möglichkeit gegeben, sich in eine landesweite Aktion einzuklinken. GR Markus Gerstgrasser würde sich bereit erklären, in Zusammenarbeit mit dem JUFF die Projektleitung in Landeck zu übernehmen.

Die Kosten für dieses Jugendprogramm belaufen sich auf € 1.000,--. Vom Land Tirol ist eine zweckgebundene Förderung in der Höhe von € 750,-- zugesagt, sodass für die Stadt Landeck eine Belastung von € 250,-- entsteht

Der Jugend- und Kulturausschuss hat in seiner Sitzung einstimmig beschlossen zu beantragen, der Aktion „Jugendschutz und Jugendförderung in den Gemeinden“ mit einem Kostenaufwand von € 250,-- beizutreten.

Die Bedeckung des Betrages von € 250,-- ist auf HH-St. 259-729 gegeben.

Der Gemeinderat wird um Beschlussfassung ersucht.

Der genaue Ablauf und Zeitplan dieser Aktion wird von GR. Markus Gerstgrasser durch eine Powerpoint-Präsentation dem Gemeinderat näher gebracht.

GR. Handle bemerkt, dass dieses Projekt unbedingt zu unterstützen sei und auch bei den Erwachsenen Bewusstsein schaffen sollte. Sie wünscht ihm für die Umsetzung dieses Projektes viel Kraft und sichert ihre Unterstützung zu.

Vorliegender Wortmeldung schließen sich die übrigen Mitglieder des Gemeinderates an und sollten auch Überlegungen angestellt werden, wie das Projekt nach Abschluss im April 2006 nachhaltig verfolgt werden könnte.

Für vorliegenden Antrag ergibt sich Einstimmigkeit.

Pkt. 7) der TO.: **Anträge, Anfragen und Allfälliges**

- a) Der Vorsitzende erinnert an die verfasste Resolution des Gemeinderates betreffend Schließung des Bezirksgerichtes Landeck und teilt mit, dass der Landeshauptmann in einem Schreiben mitgeteilt habe, dass sich sein Standpunkt mit der Entschließung des Tiroler Landtages vom Jänner 2001 decke, in welcher festgehalten wurde, dass *„der Erhalt der Bezirksgerichte insbesondere überall dort sicherzustellen ist, wo eine Bezirksverwaltungsbehörde ihren Sitz hat, einem Gericht eine besondere zentralörtliche Bedeutung zukommt oder dieses weit vom Zentralraum entfernt liegt“*

Er berichtet weiters, dass im Märzlandtag erneut ein Antrag betreffend die Gerichtsorganisation eingebracht wurde, welcher auf der Entschließung aus dem Jahre 2001 aufbaue. Von Seiten des zuständigen Justizministeriums wurde bislang nicht an den Landeshauptmann herangetreten.

Vizebgm. Mag. Weiskopf bemerkt, dass es sehr unzufriedenstellend sei, dass sich das zuständige Ministerium nicht melde.

- b) GR. Mag. Leitl bringt nachstehenden Antrag des AAB-Landeck ein:

Der AAB-Landeck stellt an den Gemeinderat den nachfolgenden Antrag und ersucht um eine positive Beschlussfassung.

Die Stadtgemeinde Landeck möge einen Stadtmanager auf Werksvertragsbasis in Zusammenarbeit mit Tourismusverband und Leistungsgemeinschaft anstellen. Dieses Vorhaben soll im zuständigen Ausschuss in den nächsten Wochen gemeinsam mit den Vertretern von Tourismusverband und Leistungsgemeinschaft behandelt werden. Falls der Antrag dort die Zustimmung findet, soll auch eine Grundlage (Aufgabenbereich, Bezahlung, Bezahlungsschlüssel, Kompetenzen, etc.) für eine Beschlussfassung im Gemeinderat vorbereitet werden.

GR. Handle erwähnt, dass man dieses Thema im Wirtschaftsausschuss schon andiskutiert habe und wäre es schon richtig, sich darüber Gedanken zu machen.

Der Vorsitzende weist vorliegenden Antrag dem Wirtschaftsausschuss zur Beratung zu.

- c) GR. Ing. Hittler fragt an, ob der Vorsitzende schon konkrete Informationen über die geplante Zusammenlegung der Agrargebiete Landeck und Stanz erhalten habe.

Hiezu erklärt der Vorsitzende, dass es seitens des Landes Bestrebungen dazu gebe. Nicht zuletzt sei dadurch auch der Waldaufseher betroffen, welcher durch eine Zusammenlegung des Gebietes ein größeres Arbeitsgebiet zugeteilt bekommen würde. Noch im heurigen Jahr werde man darüber zu beraten haben und müsse dazu ein entsprechender Gemeinderatsbeschluss gefasst werden.

- d) GR. Ing. Hittler fragt an, ob es der Tatsache entspreche, dass alle Stellplätze in der im Bau befindlichen Tiefgarage auf der Öd schon vergeben seien bzw. welche Kriterien für den Erhalt eines Stellplatzes zu erfüllen seien.

Hiezu erklärt St.R. Ing. Wolf, dass die Neue Heimat vor Baubeginn eine Befragung der Anrainer durchgeführt habe, ob grundsätzlich Interesse an einem Tiefgaragenstellplatz bestehe. Daraufhin seien rund 50 Interessierte vermerkt worden. Nachdem nunmehr der Preis von € 55,-- pro Monat und Stellplatz feststehe, werde nun neuerlich die Nachfrage konkret erhoben. Bewerbungen können jederzeit bei der Neuen Heimat eingebracht werden.

Der Vorsitzende ergänzt, dass die Bewohner der NHT vorrangig behandelt werden und werde nicht daran gedacht, Firmenfahrzeuge unterzubringen.

- e) GR. Mag. Leitl spricht eine Einladung zum Pfarrfest in Bruggen am 1. Mai aus.
- f) St.R. Ing. Wolf teilt mit, dass ebenfalls am 1. Mai das traditionelle Kinderspielfest auf der Öd stattfinde.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung und bedankt sich bei den Anwesenden für die Mitarbeit.
